

**Niederschrift
über die Sitzung des Kreistages
am 21. Jun. 2019
Kreistagssitzungssaal des Kreishauses in Husum**

Beginn: 09:30 Uhr
Ende: 14:00 Uhr

Inhalt

öffentlich

- | | | |
|---------|--|---------|
| TOP 1 | Einwohnerfragestunde | |
| TOP 2 | Anfragen | |
| TOP 2.a | Auswirkungen CO2-Bepreisung | |
| TOP 2.b | Senvion | |
| TOP 3 | Genehmigung der Niederschrift des Kreistages vom 24.05.2019 | |
| TOP 4 | Beratung und Beschlussfassung über Gremienbesetzungen sowie die Umbesetzung von Ausschüssen, Beiräten pp. | |
| TOP 4.a | Umbesetzungen SSW (1) | |
| TOP 4.b | Umbesetzungen SSW (2) | |
| TOP 4.c | Umbesetzungen CDU | |
| TOP 5 | Beratung und Beschlussfassung über die Weisung an den Gesellschaftervertreter der Abfallwirtschaftsgesellschaft Nordfriesland mbH (AWNF), über die Entlastung des Aufsichtsrates und der Verwendung des Jahresergebnisses 2018 zu beschließen. | 62/2019 |
| TOP 6 | Kenntnisnahme von den Ergebnissen zur Prüfung eines Handlungsplanes zur Wohnungsnot in Nordfriesland (Kreistagsbeschluss vom 16.11.2018) | 43/2019 |
| TOP 7 | Beratung und ggf. Beschlussfassung über die Aktualisierung der Mietobergrenzen für Transferleistungsempfänger in Nordfriesland zum 1. Juli 2019 | 12/2019 |
| TOP 8 | Beratung und Beschlussfassung über die Umsetzung eines Klimabonus bei den Mietobergrenzen (MOG) im Kreis Nordfriesland | 87/2019 |
| TOP 9 | Beratung und Beschlussfassung über die Änderung der Sozialzentren-Verträge wegen Leistungen aus einer Hand im Bereich der Eingliederungshilfe | 57/2019 |
| TOP 10 | Beratung und Beschlussfassung über den Landesrahmenvertrag für Schleswig-Holstein nach § 131 SGB IX zur Erbringung von Leistungen der Eingliederungshilfe | 58/2019 |

TOP 11	Beratung und Beschlussfassung über das Konzept "Kulturstern Nordfriesland" und die Förderbedingungen von TRAFÖ	71/2019
TOP 12	Beratung und Beschlussfassung über Vertragszusätze zum bestehenden Vertrag "Nordfrieslandstipendium"	49/2019
TOP 13	Beratung und Beschlussfassung über die Erweiterung und Finanzierung der offenen Ganztagschule an der Rungholtschule in Husum	50/2019 1. Ergänzung
TOP 14	Beratung und Beschlussfassung über ein Interessenbekundungsverfahren der sozialraumorientierten Kinder- und Jugendhilfe und Eingliederungshilfe für unter 18-jährige	37/2019 2. Ergänzung
TOP 15	Beratung und Beschlussfassung über den Vertrag für die sozialraumorientierte Jugendhilfe und Eingliederungshilfe für unter 18-jährige	35/2019 2. Ergänzung
TOP 16	Beratung und Beschlussfassung über die Neufassung der Satzung über die Förderung von Kindertageseinrichtungen im Kreis Nordfriesland rückwirkend zum 01.01.2019	60/2019 1. Ergänzung
TOP 17	Beratung und Beschlussfassung über die Neufassung der Satzung zur Förderung der Kindertagespflege im Kreis Nordfriesland zum 01.08.2019	61/2019 1. Ergänzung
TOP 18	Beratung und Beschlussfassung über die Ausweitung der Gültigkeit von Schülerbusfahrkarten in den Schulferien	67/2019 1. Ergänzung
TOP 19	Beratung und Beschlussfassung über eine Übernahme von Mehrkosten durch den Betrieb von 2 Wasserstoffbussen im öffentlichen Personennahverkehr	69/2019 1. Ergänzung
TOP 20	Beratung und Beschlussfassung über die Anerkennung der NordseeCard in den Buslinien des Kreises Nordfriesland auf dem Festland	70/2019 2. Ergänzung
TOP 21	Beratung und Beschlussfassung über eine Resolution zum Thema Roaming an die Bundesregierung	
TOP 22	Beratung und Beschlussfassung über den zukünftigen Einkauf von grünen Rechenzentrumsleistungen für die IT des Kreises Nordfriesland	
TOP 23	Beratung und Beschlussfassung über die Wiedervernässung des Haselunder Moores	
TOP 24	Beratung und Beschlussfassung über „Mehr Bio im Kreis Nordfriesland“: Bio-Anteil in allen kreiseigenen Einrichtungen, mindestens 20% bis 2022 und 50 % bis 2025	
TOP 25	Beratung und Beschlussfassung über eine Stellungnahme zum Entwurf der Verordnung zum zentralörtlichen System	79/2019

Herr Kreispräsident Heinz Maurus begrüßt um 09:30 Uhr die Mitglieder des Kreistages, die anwesenden Kreistagsabgeordneten, Herrn Landrat Harrsen, die anwesenden Zuschauer, die Vertreter der Presse sowie die Damen und Herren der Verwaltung.

Er stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und benennt Herrn Gary Funck (SSW) und Herrn Oliver Gantz (CDU) zu Stimmzählern sowie Herrn Henning Christiansen zum Protokollführer.

Herr Kreispräsident Maurus berichtet, dass der TOP 17 (Mitgliedschaft RAD.SH) von der Tagesordnung abgesetzt werden soll, da der Wirtschaftsausschuss noch Beratungsbedarf hat.

Der Kreistag beschließt einstimmig die Absetzung des Tagesordnungspunktes 17.

Herr Kreispräsident Maurus berichtet, dass zwei Dringlichkeitsvorlagen der Verwaltung vorliegen (Vorlage 79/2019 und Vorlage 87/2019). Der Vorsitzende des Arbeits- und Sozialausschusses stellt die Dringlichkeit der Vorlage 87/2019 (Klimabonus) vor und bittet um eine Einsortierung nach dem TOP 7 (Mietobergrenzen). Herr Landrat Harrsen stellt die Dringlichkeit der Vorlage 79/2019 (Stellungnahme Verordnung Zentralörtliches System) vor. Der Kreistag beschließt einstimmig die Dringlichkeit beider Vorlagen und sortiert diese als TOP 8 (Klimabonus) und TOP 25 (Verordnung Zentralörtliches System) ein.

Die Tagesordnung verschiebt sich entsprechend.

Der Kreistag stellt die Tagesordnung mit den v.g. Änderungen einstimmig fest.

öffentlich

TOP 1 **Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Fragen vor.

TOP 2 **Anfragen**

TOP 2.a **Auswirkungen CO2-Bepreisung**

Der Abg. Nissen berichtet, dass in der aktuellen politischen Debatte u.a. gefordert wird, eine CO2-Steuer einzuführen oder in anderer Weise die Freisetzung von CO2 finanziell zu belasten. Es liegt auf der Hand, dass dadurch z. B. Mobilität mit Verbrennungsmotoren und Ölheizungen, demnach Straßenverkehr und Wohnverhältnisse in dünnbesiedelten ländlichen Regionen, überproportional belastet werden.

Wenn diese Pläne umgesetzt werden ist der Kreis Nordfriesland, im Vergleich zu Metropolregionen oder dem Bundesdurchschnitt, wahrscheinlich eine solche Region, der eine überdurchschnittliche Belastung pro Kopf der Bevölkerung droht. Zum Ausgleich solcher Belastungen werden Kompensationen diskutiert.

Er stellt folgende Fragen:

- 1.) Gibt es bei der Kreisverwaltung eine Einschätzung ob und wenn ja, in welcher Höhe verschiedene Instrumente der CO2-Bepreisung zu überproportionalen Belastungen der Menschen in unserer ländlichen Region führen können?
- 2.) Gibt es beim Kreis Vorstellungen, wie ein Ausgleich aussehen kann oder muss, damit er in angemessener Höhe tatsächlich bei den Menschen ankommt, die aufgrund der Struktur unserer Region überproportional belastet werden könnten?

Herr Landrat Harrsen antwortet, dass diese Frage von gestern ist. Seit Jahrzehnten wurde das Thema Arbeitsplätze so hoch bewertet, dass andere Themen, die Arbeitsplätze gefährdet bzw. Regionen geschwächt hätten, nicht diskutiert werden durften. Die neue Herausforderung ist es, das Ökologische und das Soziale miteinander in Einklang zu bringen. Daher muss es eine Selbstverständlichkeit sein, dass die Handelnden Ausgleich schaffen (z.B. über Entlastungen der Pendler oder besondere Ansätze für Regionen). Wenn wir allerdings bereits jetzt einen detaillierten Ausgleich sämtlicher möglicher Nachteile erwarten, werden wir unserem Anspruch, eine Nachhaltigkeitsregion mit Vorbildcharakter zu werden, nicht gerecht. Herr Landrat Harrsen ist sich sicher, dass Lösungen gefunden werden.

Herr Kreispräsident Maurus verweist auf die laufende Diskussion zur CO2-Steuer und zum Emissionshandel auf Bundesebene. Diese sollte abgewartet werden.

Herr Landrat Harrsen entgegnet, dass der Kreis nicht abwarten sollte, da in den nächsten 20 Jahren keine Änderung eintreten wird. Die gesamte Region sollte Vertrauen beweisen, dass die Nachteile ausgeglichen werden müssen, wenn der Einklang von Sozialem und Ökologischem gewollt ist.

Der Abg. Nissen erklärt, dass er nicht gegen die übergeordneten Steuerungsinstrumente sei, sondern, ob die Menschen aus unserer Region überproportional belastet werden. Wenn dies so gesehen wird, wäre es sinnvoll, frühzeitig auf den Ebenen, auf denen der Kreistag tätig ist (z.B. Landkreistag), tätig zu werden. Dadurch können die Ausgleichsmechanismen, die parallel diskutiert werden, sich an unseren Bedürfnissen orientieren.

Herr Kreispräsident Maurus antwortet, dass die Problematik beim Landkreistag angekommen ist und behandelt wird.

TOP 2.b **Senvion**

Der Abg. Nissen berichtet, dass trotz des seit Jahren andauernden Ausbaustopps bei der Errichtung neuer Windkraftanlagen es, im Rahmen von Ausnahmegenehmigungen, einzelne Investoren, die derzeit über erteilte Genehmigungen verfügen oder kurz davor stehen, gibt. Sofern der Genehmigungsantrag für die Errichtung von Mühlen des Herstellers Senvion gestellt wurde, besteht das Problem, dass diese Mühlen wegen des laufenden Insolvenzverfahrens nicht lieferbar sind oder das weitere Investitionsgeschehen mit diesem Hersteller nicht hinreichend gesichert planbar ist. In der Folge soll sich ergeben, dass bei der Auswahl eines anderen Herstellers das Genehmigungsverfahren ganz oder in wesentlichen Teilen neu durchlaufen werden muss.

Er stellt folgende Fragen:

- 1.) Ist der Verwaltung bekannt, ob es in Nordfriesland Investoren gibt, die von der vorstehenden Problematik betroffen sind?
- 2.) Falls es solche Fälle geben sollte, hat der Kreis Möglichkeiten dahingehend Einfluss auszuüben, dass unbürokratisch und zeitnah Anlagen anderer Hersteller ersatzweise Gegenstand der Genehmigung werden können? Falls der Kreis Nordfriesland solche Möglichkeiten nicht haben sollte, wer könnte stattdessen entsprechend tätig werden und damit zumindest das Instrument der Ausnahmegenehmigungen funktionsfähig erhalten?

Herr Landrat Harrsen sagt eine schriftliche Antwort zu.

TOP 3

Genehmigung der Niederschrift des Kreistages vom 24.05.2019

Herr Kreispräsident Maurus berichtet, dass der Kreistag in seiner letzten Sitzung im nichtöffentlichen Teil Herrn Sönke Mextorf zum Leiter des Kommunalen Prüfungsamtes berufen hat.

Der Kreistag stellt die Niederschrift über die Sitzung am 24.05.2019 einstimmig fest.

TOP 4

Beratung und Beschlussfassung über Gremienbesetzungen sowie die Umbesetzung von Ausschüssen, Beiräten pp.

Herr Kreispräsident Maurus stellt die Anträge vor.

TOP 4.a

Umbesetzungen SSW (1)

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Das bisherige bürgerliche Mitglied Blaike Pietsch wird abberufen.
Anstelle von Blaike Pietsch wird als neues bürgerliches Mitglied, Herr Lukas Knöfler, Husum, in folgende Gremien gewählt:

<u>Gremium</u>	<u>Funktion</u>
<u>Arbeits- und Sozialausschuss</u>	2.stellv.Ausschussmitglied
<u>Umwelt- und Energieausschuss</u>	2.stellv.Ausschussmitglied
<u>Wirtschaftsausschuss</u>	1.stellv.Ausschussmitglied

TOP 4.b

Umbesetzungen SSW (2)

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Anstelle des KT-Abgeordneten Manfred Thomas wird als neues bürgerliches Mitglied, Herr Holger Delfs, Husum, in den folgenden Ausschuss gewählt:

<u>Gremium</u>	<u>Funktion</u>
<u>Arbeits- und Sozialausschuss</u>	1.stellv.Ausschussmitglied

TOP 4.c

Umbesetzungen CDU

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Kreistag wählt folgende Umbesetzungen:

Mitglied im Hauptausschuss

Birte Matthiesen für Florian Lorenzen

Mitglied im Finanz- und Bauausschuss

Frank Petersen für Florian Lorenzen

Vorsitzender im Finanz- und Bauausschuss

Frank Petersen für Florian Lorenzen

Stellvertretungen im Finanz- und Bauausschuss:

3. stellv. Mitglied im FBA Martin Drews für Frank Petersen
4. stellv. Mitglied im FBA Christian Schmidt für Martin Drews
5. stellv. Mitglied im FBA Michel Deckmann für Christian Schmidt

4. stellv. Mitglied **Arbeits- und Sozialausschuss:** Gunnar Jensen (bM) für Florian Lorenzen

5. stellv. Mitglied **Jugendhilfeausschuss:** Claus Carsten Andresen für Florian Lorenzen

TOP 5

62/2019

Beratung und Beschlussfassung über die Weisung an den Gesellschaftervertreter der Abfallwirtschaftsgesellschaft Nordfriesland mbH (AWNF), über die Entlastung des Aufsichtsrates und der Verwendung des Jahresergebnisses 2018 zu beschließen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates der AWF verlassen für diesen TOP den Sitzungsraum.

Der Abg. Florian Lorenzen stellt die Vorlage vor.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Kreistag weist den Gesellschaftsvertreter der Abfallwirtschaftsgesellschaft Nordfriesland mbH (AWNF) gem. § 13 b) und d) des Gesellschaftsvertrages an, dem Aufsichtsrat für das Wirtschaftsjahr 2018 Entlastung zu erteilen. Das Jahresergebnis wird mit 0,00 EUR festgestellt.

TOP 6

43/2019

Kenntnisnahme von den Ergebnissen zur Prüfung eines Handlungsplanes zur Wohnungsnot in Nordfriesland (Kreistagsbeschluss vom 16.11.2018)

Der Vorsitzende des Arbeits- und Sozialausschusses, Herr Carsten-F. Sörensen, stellt die Vorlage vor.

Der Kreistag nimmt die in der Begründung dargelegten Ausführungen zu der Prüfung eines Handlungsplanes zur Wohnungsnot in Nordfriesland zur Kenntnis.

TOP 7

12/2019

Beratung und ggf. Beschlussfassung über die Aktualisierung der Mietobergrenzen für Transferleistungsempfänger in Nordfriesland zum 1. Juli 2019

Der Vorsitzende des Arbeits- und Sozialausschusses, Herr Carsten-F. Sörensen, stellt die Vorlage vor.

Der Abg. Reichardt stellt folgenden Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor:

„I. Der Inhalt der Ursprungsvorschläge wird durch Folgendes ersetzt:

1.

Der Kreistag beschließt mit Wirkung ab 1. Juli 2019 folgende Obergrenzen für die Berücksichtigung von Kosten der Unterkunft (Brutto-Kaltmiete) in Leistungsfällen nach dem SGB II, dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz:

Haushalt mit	Nachrichtlich: angemessene Wohnfläche in qm	Mietpreisregionen			
		Nord	Süd	Sylt	Amrum und Föhr
		Ämter Südtondern und Mittleres Nordfriesland	Städte Husum und Tönning, Gemeinde Reußenköge, Ämter Eiderstedt, Nordsee- Treene, Pellworm und Viöl		ab 1. Januar 2016 (nachrichtlich)
1 Person	50	385 €	393 €	412 €	386 €
2 Personen	60	436 €	446 €	518 €	468 €
3 Personen	75	529 €	558 €	620 €	557 €
4 Personen	85	592 €	622 €	841 €	650 €
5 Personen	95	636 €	686 €	1.001 €	743 €
6 Personen	105	711 €	731 €	1.107 €	832 €
7 Personen	115	765 €	821 €	1.212 €	922 €
8 Personen	125	804 €	835 €	1.317 €	1.012 €

Im Hinblick auf die Angebotsmieten wird zukünftig das untere Drittel (statt wie bisher das untere Fünftel) für die Berechnung der Mietobergrenzen herangezogen. In den vorstehenden Beträgen sind Betriebskosten für Kabel-TV und für Aufzüge nicht enthalten. Ist die Unterkunft ohne Berücksichtigung dieser Nebenkosten im Rahmen der vorstehenden Tabellenwerte angemessen und ist die Wohnung mit einem Fahrstuhl ausgestattet oder besteht für die Wohnung mietvertraglich ein Anschlusszwang für KabelTV (Nachweis erforderlich), werden die Kabelanschlussgebühren und die Betriebskosten für den Fahrstuhl zusätzlich in nachgewiesener tatsächlicher Höhe berücksichtigt.

II. Es werden die folgenden Punkte ergänzt:

2.

Der Kreistag beschließt, zukünftig eine jährliche Anpassung der Mietobergrenzen zum 1.1. eines Jahres - beginnend mit dem 1.1.2021 - vorzunehmen.

3.

Die Verwaltung wird für die nächste Erhöhung der Mietobergrenzen beauftragt, bis zum Herbst 2020 nicht nur die Mietobergrenzen für die bestehenden, sondern auch für folgende Mietpreisregionen zu prüfen:

Variante 1:

- Mietpreisregion Husum u.U. (Husum, Wobbenbüll, Hattstedt, Mildstedt)
- Mietpreisregion Niebüll u.U. (Niebüll, Klanxbüll)
- Mietpreisregion St. Peter-Ording u.U. (St. Peter-Ording, Tating, Garding Tümlauer-Koog) – ggf. mit der Sonderregelung, die für die Inseln Föhr und Sylt gilt
- Mietpreisregion ländliches Nordfriesland (mit den restlichen Festlandsgemeinden)

Variante 2:

- Mietpreisregion Husum u.U. (Husum, Wobbenbüll, Hattstedt, Mildstedt)
- Mietpreisregion Niebüll u.U. (Niebüll, Klanxbüll)
- Mietpreisregion ländliches Nordfriesland (mit den restlichen Festlandsgemeinden)
- Für St. Peter-Ording wird die Sonderregelung, die für die Inseln Föhr und Sylt gilt, getroffen

Variante 3:

- Mietpreisregion Nord
- Mietpreisregion Süd

- c) Mietpreisregion Husum u.U. (Husum, Wobbenbüll, Hattstedt, Mildstedt)
- d) Für St. Peter-Ording wird die Sonderregelung, die für die Inseln Föhr und Sylt gilt, getroffen

4.

a) Die Verwaltung wird gebeten, für eine Verlängerung der Frist zur Mietabsenkung im Einzelfall fachliche Weisungen auszuarbeiten, wenn trotz der Unterstützung durch Eckpfeiler NF keine Mietpreissenkung möglich ist oder andere Wohnungsmöglichkeiten nicht zur Verfügung stehen.

b) Die Verwaltung wird weiter gebeten, dem Arbeits- und Sozialausschuss und dem Kreistag Regelungen zur Nutzung der vom Kreistag für Mietnotfälle zur Verfügung gestellten Mittel vorzulegen.“

Der Abg. Gantz beantragt für die CDU-Fraktion folgende Variante 4 in den SPD-Antrag aufzunehmen:

„Variante 4: Die Variante 3 wird nur unter Berücksichtigung von a) bis c) berechnet (St. Peter-Ording verbleibt in der Mietpreisregion Süd)“

Der Abg. Laage erklärt, dass die SPD-Fraktion den v.g. Antrag der CDU-Fraktion in ihren Antrag übernimmt.

Der Abg. Reichardt bittet um eine getrennte Abstimmung über I. und II. des SPD-Antrages.

Der Kreistag lehnt mehrheitlich I. des v.g. SPD-Antrages ab.

Der Kreistag beschließt einstimmig II. des SPD-Antrages.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Kreistag beschließt mit Wirkung ab 1. Juli 2019 folgende Obergrenzen für die Berücksichtigung von Kosten der Unterkunft (Brutto-Kaltmiete) in Leistungsfällen nach dem SGB II, dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz:

Haushalt mit	Nachrichtlich: angemessene Wohnfläche in qm	Mietpreisregionen			
		Nord	Süd	Sylt	Amrum und Föhr
		Ämter Südtondern und Mittleres Nordfriesland	Städte Husum und Tönning, Gemeinde Reußenköge, Ämter Eiderstedt, Nordsee- Treene, Pellworm und Viöl		ab 1. Januar 2016 (nachrichtlich)
1 Person	50	372 €	382 €	393 €	386 €
2 Personen	60	430 €	436 €	485 €	468 €
3 Personen	75	508 €	533 €	567 €	557 €
4 Personen	85	572 €	602 €	775 €	650 €
5 Personen	95	620 €	656 €	1.001 €	743 €
6 Personen	105	701 €	701 €	1.107 €	832 €
7 Personen	115	755 €	771 €	1.212 €	922 €
8 Personen	125	779 €	825 €	1.317 €	1.012 €

Im Hinblick auf die Angebotsmieten wird zukünftig das untere Viertel (statt wie bisher das untere Fünftel) für die Berechnung der Mietobergrenzen herangezogen.

In den vorstehenden Beträgen sind Betriebskosten für Kabel-TV und für Aufzüge nicht enthalten. Ist die Unterkunft ohne Berücksichtigung dieser Nebenkosten im Rahmen der vorstehenden Tabellenwerte angemessen und ist die Wohnung mit einem Fahrstuhl ausgestattet oder besteht für die Wohnung mietvertraglich ein Anschlusszwang für Kabel-TV (Nachweis erforderlich), werden die Kabelanschlussgebühren und die Betriebskosten für den Fahrstuhl zusätzlich in nachgewiesener tatsächlicher Höhe berücksichtigt.

Ferner wird die Verwaltung beauftragt bis zur nächsten Sitzung des Arbeits- und Sozialausschusses am 19.06.2019 eine Klimabonus-Richtwerttabelle für die verpflichtende Anwendung durch die Sozialzentren ab dem 1. Juli 2019 zu erarbeiten (im Rahmen eines Klimaprogramms außerhalb des schlüssigen Konzepts für die Mietobergrenzen). Hierin sind für Wohnungen, deren Energieeffizienz durch einen Energieausweis (zwingend Bedarfsausweis) bestätigt wird (mindestens unter 100 kWh/qm), über die Mietobergrenzen der Kosten der Unterkunft hinaus ein zusätzlicher Klimabonus ausgewiesen.

2.

Der Kreistag beschließt, zukünftig eine jährliche Anpassung der Mietobergrenzen zum 1.1. eines Jahres - beginnend mit dem 1.1.2021 - vorzunehmen.

3.

Die Verwaltung wird für die nächste Erhöhung der Mietobergrenzen beauftragt, bis zum Herbst 2020 nicht nur die Mietobergrenzen für die bestehenden, sondern auch für folgende Mietpreisregionen zu prüfen:

Variante 1:

- e) Mietpreisregion Husum u.U. (Husum, Wobbenbüll, Hattstedt, Mildstedt)
- f) Mietpreisregion Niebüll u.U. (Niebüll, Klanxbüll)
- g) Mietpreisregion St. Peter-Ording u.U. (St. Peter-Ording, Tating, Garding Tümlauer-Koog) – ggf. mit der Sonderregelung, die für die Inseln Föhr und Sylt gilt
- h) Mietpreisregion ländliches Nordfriesland (mit den restlichen Festlandsgemeinden)

Variante 2:

- e) Mietpreisregion Husum u.U. (Husum, Wobbenbüll, Hattstedt, Mildstedt)
- f) Mietpreisregion Niebüll u.U. (Niebüll, Klanxbüll)
- g) Mietpreisregion ländliches Nordfriesland (mit den restlichen Festlandsgemeinden)
- h) Für St. Peter-Ording wird die Sonderregelung, die für die Inseln Föhr und Sylt gilt, getroffen

Variante 3:

- e) Mietpreisregion Nord
- f) Mietpreisregion Süd
- g) Mietpreisregion Husum u.U. (Husum, Wobbenbüll, Hattstedt, Mildstedt)
- h) Für St. Peter-Ording wird die Sonderregelung, die für die Inseln Föhr und Sylt gilt, getroffen

Variante 4:

Die Variante 3 wird nur unter Berücksichtigung von a) bis c) berechnet (St. Peter-Ording verbleibt in der Mietpreisregion Süd)

4.

a) Die Verwaltung wird gebeten, für eine Verlängerung der Frist zur Mietabsenkung im Einzelfall fachliche Weisungen auszuarbeiten, wenn trotz der Unterstützung durch Eckpfeiler

NF keine Mietpreissenkung möglich ist oder andere Wohnungsmöglichkeiten nicht zur Verfügung stehen.

b) Die Verwaltung wird weiter gebeten, dem Arbeits- und Sozialausschuss und dem Kreistag Regelungen zur Nutzung der vom Kreistag für Mietnotfälle zur Verfügung gestellten Mittel vorzulegen.

TOP 8

87/2019

Beratung und Beschlussfassung über die Umsetzung eines Klimabonus bei den Mietobergrenzen (MOG) im Kreis Nordfriesland

Der Vorsitzende des Arbeits- und Sozialausschusses, Herr Carsten-F. Sörensen, stellt die Vorlage vor.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Kreistag bevollmächtigt den Finanz- und Bauausschuss über die Einführung eines Klimabonus bei den Kosten der Unterkunft im Bereich SGB II und SGB XII ab dem 1.7.2019 zu entscheiden.

TOP 9

57/2019

Beratung und Beschlussfassung über die Änderung der Sozialzentren-Verträge wegen Leistungen aus einer Hand im Bereich der Eingliederungshilfe

Der Vorsitzende des Arbeits- und Sozialausschusses, Herr Carsten-F. Sörensen, stellt die Vorlage vor.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Kreistag stimmt einer Änderung der Sozialzentrumsverträge gemäß Anlage 1 zu und bevollmächtigt den Landrat, die Änderungsverträge mit den Trägerkommunen abzuschließen.

TOP 10

58/2019

Beratung und Beschlussfassung über den Landesrahmenvertrag für Schleswig-Holstein nach § 131 SGB IX zur Erbringung von Leistungen der Eingliederungshilfe

Der Vorsitzende des Arbeits- und Sozialausschusses, Herr Carsten-F. Sörensen, stellt die Vorlage vor.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Kreistag stimmt dem Landesrahmenvertrag nach § 131 SGB IX zu und bevollmächtigt den Landrat, diesen zu unterzeichnen.

TOP 11

71/2019

Beratung und Beschlussfassung über das Konzept "Kulturstern Nordfriesland" und die Förderbedingungen von TRAFÖ

Der stellv. Vorsitzende des Kultur- und Bildungsausschusses, Herr Frank Zahel, stellt die Vorlage vor.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Kreistag beschließt:

1. Im Falle der Bewilligung durch die Bundeskulturstiftung erklärt sich der Kreis Nordfriesland bereit, als Projektträger für das Modellvorhaben „Kulturstern Nordfriesland“ zur Verfügung zu stehen.

2. In den Stellenplan für 2020 werden vorsorglich zwei befristete Vollzeitstellen für die Durchführung des Modellvorhabens aufgenommen, welche aus dem Projektbudget finanziert werden. Die Stellen werden dem Fachdienst Kultur zugeordnet.

3. Der Kultur- und Bildungsausschuss wird beauftragt, ein Entscheidungsgremium für das TRAFÖ-Projekt zusammenzustellen sowie andere Allianzen zu gründen, die das Modellvorhaben begleiten können. Das Land Schleswig-Holstein und die gemeindliche Ebene sind dabei zu berücksichtigen.

TOP 12

49/2019

Beratung und Beschlussfassung über Vertragszusätze zum bestehenden Vertrag "Nordfrieslandstipendium"

Der stellv. Vorsitzende des Kultur- und Bildungsausschusses, Herr Frank Zahel, stellt die Vorlage vor.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Kreistag beschließt den bestehenden Vertrag zwischen dem Kreis Nordfriesland, den betroffenen Halligen und Inseln sowie dem Land Schleswig-Holstein um folgende Vertragszusätze zu erweitern:

- § 1, Absatz 1 a wird um die beruflichen Systeme Fachoberschule, Berufsoberschule und Berufsfachschule (BFS) III (hier nur mit nachgewiesenem angestrebten Fachhochschulabschluss) und für die Inseln Amrum und Pellworm um BFS I (Erlangung des mittleren Schulabschlusses –MSA-) ab Beginn der 10. Klassenstufe erweitert.

- § 1, Absatz 1 b wird um die Möglichkeit des Besuches einer Klasse mit einer flexiblen Übergangsphase (FLEX) an einer Festlandsschule erweitert.

- Die Verwaltungen der Inselgemeinden und Halligen wird bei der Einzelfallprüfung ein Ermessensspielraum in Höhe der im Ursprungsvertrag genannten Zuwendung eingeräumt. Die Entscheidungen sind zu dokumentieren und bei der Abrechnung mit dem Kreis Nordfriesland und dem Land Schleswig-Holstein vorzulegen.

TOP 13

50/2019 1. Ergänzung

Beratung und Beschlussfassung über die Erweiterung und Finanzierung der offenen Ganztagschule an der Rungholtschule in Husum

Der stellv. Vorsitzende des Kultur- und Bildungsausschusses, Herr Frank Zahel, stellt die Vorlage vor.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Es wird beschlossen, ab dem Schuljahresbeginn 2019/2020 für die Durchführung der offenen Ganztagschule an der Rungholtschule in Husum die Kursangebote von 11 auf 16 Kurse wöchentlich zu erhöhen und die Gruppengröße je Kurs von 10 Schülerinnen und Schülern auf durchschnittlich 8 Schülerinnen und Schüler abzusenken. Die Mehrkosten betragen 60.000 € pro Jahr und das Gesamtprojekt damit insgesamt 120.000 €.

TOP 14

37/2019 2. Ergänzung

Beratung und Beschlussfassung über ein Interessenbekundungsverfahren der sozialraumorientierten Kinder- und Jugendhilfe und Eingliederungshilfe für unter 18-jährige

Die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Frau Telse Dierks, stellt die Vorlage vor.

Der Abg. Laage stellt folgenden Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor:

„Die SPD Fraktion beantragt folgende Änderung der Auswahlkommission zur Bewertung der Bewerbungen im Beschlussvorschlag der Vorlage 37/2019:

1. Im 4. Absatz wird bei der Besetzung der Auswahlkommission der erste Punkt in „drei Vertreterinnen bzw. Vertretern der Verwaltung des Jugendamtes“ geändert und
2. ein neuer dritter Punkt „einer bzw. einem externen Sachverständigen“ hinzugefügt.“

Der Kreistag lehnt mehrheitlich den v.g. Antrag der SPD-Fraktion ab.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Interessenbekundungsverfahren für die sozialräumliche Arbeit der Kinder- und Jugendhilfe – den Hilfen zur Erziehung nach den §§ 27 ff. Sozialgesetzbuch VIII – sowie der Eingliederungshilfe für unter 18-jährige nach dem Sozialgesetzbuch XII für den Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2025 mit folgendem Zeitplan durchzuführen:

- | | |
|---|------------------|
| • Beratung JHA (Vertrag, Kriterien) | 25.04.2019 |
| • Beschluss JHA (Vertrag, Kriterien) | 23.05.2019 |
| • Beschluss Kreistag (Vertrag, Kriterien) | 21.06.2019 |
| • Info-Veranstaltung | 26.06.2019 |
| • Eröffnung Verfahren | 01.07.2019 |
| • Bewerbungsfrist | 30.09.2019 |
| • Optional: Bewerbungsgespräche | 18. – 22.11.2019 |
| • Beschlussvorlage Vergabe | 20.12.2019 |
| • Beschluss Jugendhilfeausschuss | Januar 2020 |
| • Beschluss Kreistag | Februar 2020 |
| • Bekanntmachung Vergabe | Februar 2020 |

Im Rahmen des Interessenbekundungsverfahrens werden die Interessenten darauf hingewiesen, dass die Einhaltung des Mindestlohngesetzes als Untergrenze und der eigene gültige Tarifvertrag bzw. eine Analogie zum TVöD (SuE) als Obergrenze eingehalten werden müssen.

Die Auswahlkommission zur Bewertung der Bewerbungen besteht aus

- vier Vertreterinnen bzw. Vertretern der Verwaltung des Jugendamtes
- drei Vertreterinnen bzw. Vertretern der politischen Fraktionen des Jugendhilfeausschusses, das Zugriffsrecht haben die drei größten Fraktionen des Kreistages

TOP 15

35/2019 2. Ergänzung

Beratung und Beschlussfassung über den Vertrag für die sozialraumorientierte Jugendhilfe und Eingliederungshilfe für unter 18-jährige

Die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Frau Telse Dierks, stellt die Vorlage vor.

Der Kreistag empfiehlt einstimmig:

Es wird beschlossen, das Interessenbekundungsverfahren der sozialraumorientierten und -budgetierten Jugendhilfe und Eingliederungshilfe für Kinder für die Jahre 2021 bis 2025 auf Basis des anliegenden Vertrages (Stand 25.4.2019) inklusive der Anlagen (Stand 23.5.2019) durchzuführen.

TOP 16

60/2019 1. Ergänzung

Beratung und Beschlussfassung über die Neufassung der Satzung über die Förderung von Kindertageseinrichtungen im Kreis Nordfriesland rückwirkend zum 01.01.2019

Die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Frau Telse Dierks, stellt die Vorlage vor.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Kreistag beschließt die anliegende Neufassung der Satzung über die Förderung von Kindertageseinrichtungen im Kreis Nordfriesland (Stand 23.5.2019).

TOP 17

61/2019 1. Ergänzung

Beratung und Beschlussfassung über die Neufassung der Satzung zur Förderung der Kindertagespflege im Kreis Nordfriesland zum 01.08.2019

Die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Frau Telse Dierks, stellt die Vorlage vor.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Kreistag beschließt die anliegende Neufassung der Satzung zur Förderung der Kindertagespflege im Kreis Nordfriesland (Stand 23.5.2019).

TOP 18

67/2019 1. Ergänzung

Beratung und Beschlussfassung über die Ausweitung der Gültigkeit von Schülerbusfahrkarten in den Schulferien

Die Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, Frau Margot Böhm, stellt die Vorlage vor. Sie verweist darauf, dass der Kultur- und Bildungsausschuss und der Finanz- und Bauausschuss die Vorlage beraten haben. Der Wirtschaftsausschuss nicht.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1) eine Ausweitung der zeitlichen Gültigkeit der Schülerbusfahrkarten der Schulträger auf die Schulferien ab 1.8.2019 zu gewährleisten. Dies gilt zunächst für die Schülerbusfahrkarten, die für die Buslinien auf dem Festland in Zuständigkeit des Kreises ausgestellt werden.

2) mit den Verkehrsunternehmen auf den Inseln sowie der Gemeinde St. Peter-Ording und der Stadt Husum als örtliche Aufgabenträger ihres ÖPNV Gespräche

aufzunehmen mit dem Ziel, die Ausweitung der Gültigkeit der Schülerbusfahrkarten auch für diese Verkehre in den Ferien zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu erreichen.

3) die Einrichtung vergünstigter Angebote für die Nutzung der neuen Rufbusangebote durch Schülerinnen und Schüler zu prüfen. Ziel ist die Einrichtung entsprechender Angebote ab 1.8.2021.

Im Vorwege ist zu klären, welche finanziellen Auswirkungen zu erwarten sind, und welche sinnvollen Ticket-Möglichkeiten es im Rahmen des landesweiten Schleswig-Holstein-Tarifs gibt. Hierzu wird die Verwaltung einen Beschlussvorschlag einbringen.

TOP 19

69/2019 1. Ergänzung

Beratung und Beschlussfassung über eine Übernahme von Mehrkosten durch den Betrieb von 2 Wasserstoffbussen im öffentlichen Personennahverkehr

Die Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, Frau Margot Böhm, stellt die Vorlage vor.

Der Abg. Funck beantragt eine Überweisung in den Wirtschaftsausschuss.

Die Abg. Drewsen beantragt für die GRÜNE-Fraktion eine namentliche Abstimmung.

Der Kreistag lehnt mehrheitlich eine Überweisung in den Wirtschaftsausschuss ab.

Der Kreistag beschließt – in namentlicher Abstimmung (Anlage 1)- mehrheitlich:

Der Kreis übernimmt jährlich Kosten in Höhe von 68.000 € pro Bus bis zum Ende des Projektzeitraums. Der Betrag reduziert sich auf 62.000 € pro Bus, sobald keine Vorhaltung von Dieselnbussen als Ersatz notwendig ist.

Sinkt der grüne Wasserstoffpreis nach 5 Jahren unter 8,40 € / kg wird der Zuschussbetrag für den Kreis entsprechend reduziert.

Steigerungen des Wasserstoffpreises auf über 8,40 € / kg führen dagegen zu keiner Nachforderung, sondern werden vom Projektträger alleine getragen.

Mehraufwendungen der Autokraft im Zusammenhang mit dem Betrieb der Wasserstoffbusse von bis zu 10.000 € pro Jahr trägt das Unternehmen selbst.

Mehraufwendungen von über 10.000 € bis 30.000 € trägt der Kreis.

Bei Mehraufwendungen von über 30.000 € bedarf es Neuverhandlungen.

Der Verfahrensstand des Projektes ist einmal im Jahr im Fachausschuss vorzustellen.

TOP 20

70/2019 2. Ergänzung

Beratung und Beschlussfassung über die Anerkennung der NordseeCard in den Buslinien des Kreises Nordfriesland auf dem Festland

Die Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, Frau Margot Böhm, stellt die Vorlage vor.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Kreis Nordfriesland stimmt einer Anerkennung der NordseeCard im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), für den der Kreis Nordfriesland Aufgabenträger ist (Festland ohne Ortsverkehre Husum und St. Peter-Ording) grundsätzlich zu.

Falls sich die örtlichen Aufgabenträger Husum und St. Peter-Ording am Projekt beteiligen, ist der Kreis bereit, auch den Rufbus in das Angebot mit einzubringen. Über die Modalitäten ist noch abschließend zu entscheiden.

Diese Zustimmung steht unter dem Vorbehalt, dass durch die NTS noch eine konkrete Darstellung über die finanziellen Auswirkungen für den Kreis Nordfriesland vorgelegt wird und die geschätzten Einnahmeverluste und Mehraufwendungen für den Kreis Nordfriesland durch Erlöse aus der Umlage der NordseeCard ausgeglichen werden.

TOP 21

Beratung und Beschlussfassung über eine Resolution zum Thema Roaming an die Bundesregierung

Der Abg. Puschmann stellt den Antrag vor.

Der Kreistag beschließt - bei 4 Gegenstimmen - mehrheitlich:

Die Bundesregierung wird gebeten, bei der Bundesnetzagentur darauf hinzuwirken, dass die Mobilfunknetz-Betreiber in ländlichen Gebieten, den sogenannten weißen Flecken, verpflichtet werden, ein kostenloses Roaming anzubieten, damit die Mobilfunknetz-Teilnehmer in einem anderen als ihrem Heimnetzwerk selbstständig Anrufe empfangen oder tätigen und Daten schicken und empfangen sowie Zugriff auf andere Mobilfunknetz-Dienste haben können.

TOP 22

Beratung und Beschlussfassung über den zukünftigen Einkauf von grünen Rechenzentrumsleistungen für die IT des Kreises Nordfrieslands

Die Abg. Nitsch stellt den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNE, WG-NF, SSW und FDP vor.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Kreis Nordfriesland setzt sich, über seine Vertreter in den Gremien des IT-Zweckverbandes Schleswig-Holstein kommunit, dafür ein, dass Beschlüsse mit dem Ziel eingebracht werden, sämtliche IT-Produkte und Dienstleistungen der kommunit zukünftig über eine Initiative „Green-IT“ noch klimafreundlicher und nachhaltiger gestaltet werden.

TOP 23

Beratung und Beschlussfassung über die Wiedervernässung des Haselunder Moores

Der Abg. Stellfeld-Petersen stellt folgenden Antrag der Fraktionen von CDU, GRÜNE, SSW und FDP vor:

„Der Kreistag möge beschließen:

1. die Wiedervernässung der nicht kultivierten und bisher nicht wieder vernässten Bereiche der im Kreis Nordfriesland gelegenen Moore im Einvernehmen mit den Landeigentümern und den Gemeinden zu initiieren und zu begleiten;
2. Die Verwaltung wird gebeten, eine Bestandsaufnahme der Moore in Nordfriesland zu erarbeiten und dem Umwelt- und Energieausschuss bis September 2019 vorzulegen.
3. Besonders die nicht vernässten Moorbereiche sollen aufgezeigt werden.
4. Die bisher nicht vernässten Moore sollen in einer nach fachlichen Kriterien erstellten Priorisierungsliste dargestellt werden.
5. Der Umwelt- und Energieausschuss erarbeitet daraus einen Zeitplan, um die Wiedervernässung der nicht kultivierten und bisher nicht wieder vernässten Bereiche

der im Kreis Nordfriesland gelegenen Moore im Einvernehmen mit den Landeigentümern und den Gemeinden durchzuführen und zu begleiten.

6. Dabei sollen Naturschutzvereine als externe fachliche Hilfe einbezogen werden, z.B. der Naturschutzverein Mittleres Nordfriesland in Bredstedt, der derzeit u.a. das Naturschutzgebiet „Wildes Moor“ bei Schwabstedt erfolgreich betreut sowie die Stiftung Naturschutz.“

Er beantragt eine Überweisung in den Umwelt- und Energieausschuss, um eine Empfehlung für den Kreistag zu erarbeiten.

Der Kreistag beschließt einstimmig die Überweisung in den Umwelt- und Energieausschuss.

TOP 24

Beratung und Beschlussfassung über „Mehr Bio im Kreis Nordfriesland“: Bio-Anteil in allen kreiseigenen Einrichtungen, mindestens 20% bis 2022 und 50 % bis 2025

Die Abg. Nitsch stellt folgenden Antrag der SSW-Fraktion vor:

„Der Kreistag Nordfriesland möge beschließen:

1. Den Bio-Anteil bei der Verpflegung, im Rahmen des Konzeptes zur Nachhaltigen Beschaffung, in allen kreiseigenen Einrichtungen umzustellen. Im ersten Schritt bis 2022 werden mindestens 20% der eingekauften Lebensmittel aus ökologischer Erzeugung, vorzugsweise aus regionaler Produktion, gedeckt. Bis 2025 wird dieser Anteil auf mindestens 50% erhöht.
2. In Anlehnung an die Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) Leitlinien für die Betriebsgastronomien zu erarbeiten und verbindliche Standards durch Rahmenverträge einzuführen.
3. Gemeinsam mit dem Land Schleswig-Holstein ein Beratungsangebot und ggf. Anschubfinanzierungen zu prüfen und zu entwickeln, um vor allem in der Kita- und Schulverpflegung eine attraktive, gesunderhaltende und nachhaltige Verpflegungsleistung zu bieten.“

Der Abg. Frank Petersen beantragt für die CDU-Fraktion eine Überweisung in den Umwelt- und Energieausschuss, um eine Empfehlung für den Kreistag zu erarbeiten.

Der Kreistag beschließt einstimmig die Überweisung in den Umwelt- und Energieausschuss.

TOP 25

79/2019

Beratung und Beschlussfassung über eine Stellungnahme zum Entwurf der Verordnung zum zentralörtlichen System

Herr Landrat Harrsen stellt die Vorlage vor.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der Kreistag bevollmächtigt den Hauptausschuss eine Stellungnahme zum vorgelegten Entwurf der Verordnung zum zentralörtlichen System an den Landkreistag zu beschließen.

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Kreispräsident Heinz Maurus um 14:00 Uhr die Sitzung des Kreistages.

Heinz Maurus
Kreispräsident

Henning Christiansen
Protokollführer

**Anwesenheitsliste
über die Sitzung des Kreistages am 21. Jun. 2019**

Kreispräsident Heinz Maurus

Die Abgeordneten:

Siegfried Puschmann

Danny Greulich

Karl-Hermann Abraham

Claus-Carsten Andresen

Heinke Arff

Leif Bodin

Margot Böhm

Margitta Broda

Friedrich Busch

Karl Carlsen

Sina Clorius

Michel Deckmann

ab 12:20 Uhr

Telse Dierks

ab 10:00 Uhr

Martin Drews

Esther Drewsen

Heiko Ebsen

Mery Ebsen

Torge Feddersen

Volker Feddersen

Gary Funck

Oliver Gantz

Kirsten Hartmann

Hans-Ulrich Hess

Jürgen Izdebski

Martin Jansen

Hauke Jensen

Erik Kennel

bis 13:50 Uhr

Jürgen Laage

Florian Lorenzen

Michael Lorenzen

Udo Maart

Birte Matthiesen

Thomas Nissen

Sybilla Nitsch

Olde Oldsen

Frank Petersen

Johann Petersen

Truels Reichardt

Regine Scheuermann

Christian Schmidt

Lars Schmidt

Dr. Peter Schröder

Torsten Schumacher

Carsten-Friedrich Sörensen

Ulrich Stellfeld-Petersen

Jörg Tessin

Manfred Thomas

Andrea Timm-Meves

Manfred Uekermann

Frank Zahel

Landrat Dieter Harrsen sowie verschiedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung zu den jeweiligen Tagungsordnungspunkten.